

Erscheint in Leipzig
Mittwoch, Freitag, Sonntag.
Abonnementpreis
Für ganz Deutschland 1 Mk. 60 Pf. pro
Quartal.
Monats-Abonnement
werden bei allen deutschen Postämtern
auf den 2. und 3. Monat, und auf den
3. Monat besonders angenommen; im
Weisg. Sachsen und Preussl. Sachsen
Königsberg auch auf den 1. Monat
des Quartals à 54 Pf.
Inserate
beim. Veranlassungen pr. Zeile 10 Pf.,
beim. Privatangelegenheiten und feste
Zeile 20 Pf.

Vorwärts

Bestellungen
nehmen an alle Postämter und Buch-
handlungen des In- u. Auslandes.
Fiktal-Expeditionen.
New York: Geo. Engel, Genies-
str. 154, 156, 158, 160, 162, 164, 166, 168, 170, 172, 174, 176, 178, 180, 182, 184, 186, 188, 190, 192, 194, 196, 198, 200, 202, 204, 206, 208, 210, 212, 214, 216, 218, 220, 222, 224, 226, 228, 230, 232, 234, 236, 238, 240, 242, 244, 246, 248, 250, 252, 254, 256, 258, 260, 262, 264, 266, 268, 270, 272, 274, 276, 278, 280, 282, 284, 286, 288, 290, 292, 294, 296, 298, 300, 302, 304, 306, 308, 310, 312, 314, 316, 318, 320, 322, 324, 326, 328, 330, 332, 334, 336, 338, 340, 342, 344, 346, 348, 350, 352, 354, 356, 358, 360, 362, 364, 366, 368, 370, 372, 374, 376, 378, 380, 382, 384, 386, 388, 390, 392, 394, 396, 398, 400, 402, 404, 406, 408, 410, 412, 414, 416, 418, 420, 422, 424, 426, 428, 430, 432, 434, 436, 438, 440, 442, 444, 446, 448, 450, 452, 454, 456, 458, 460, 462, 464, 466, 468, 470, 472, 474, 476, 478, 480, 482, 484, 486, 488, 490, 492, 494, 496, 498, 500, 502, 504, 506, 508, 510, 512, 514, 516, 518, 520, 522, 524, 526, 528, 530, 532, 534, 536, 538, 540, 542, 544, 546, 548, 550, 552, 554, 556, 558, 560, 562, 564, 566, 568, 570, 572, 574, 576, 578, 580, 582, 584, 586, 588, 590, 592, 594, 596, 598, 600, 602, 604, 606, 608, 610, 612, 614, 616, 618, 620, 622, 624, 626, 628, 630, 632, 634, 636, 638, 640, 642, 644, 646, 648, 650, 652, 654, 656, 658, 660, 662, 664, 666, 668, 670, 672, 674, 676, 678, 680, 682, 684, 686, 688, 690, 692, 694, 696, 698, 700, 702, 704, 706, 708, 710, 712, 714, 716, 718, 720, 722, 724, 726, 728, 730, 732, 734, 736, 738, 740, 742, 744, 746, 748, 750, 752, 754, 756, 758, 760, 762, 764, 766, 768, 770, 772, 774, 776, 778, 780, 782, 784, 786, 788, 790, 792, 794, 796, 798, 800, 802, 804, 806, 808, 810, 812, 814, 816, 818, 820, 822, 824, 826, 828, 830, 832, 834, 836, 838, 840, 842, 844, 846, 848, 850, 852, 854, 856, 858, 860, 862, 864, 866, 868, 870, 872, 874, 876, 878, 880, 882, 884, 886, 888, 890, 892, 894, 896, 898, 900, 902, 904, 906, 908, 910, 912, 914, 916, 918, 920, 922, 924, 926, 928, 930, 932, 934, 936, 938, 940, 942, 944, 946, 948, 950, 952, 954, 956, 958, 960, 962, 964, 966, 968, 970, 972, 974, 976, 978, 980, 982, 984, 986, 988, 990, 992, 994, 996, 998, 1000.

Central-Organ der Sozialdemokratie Deutschlands.

Nr. 25.

Freitag, 1. März.

1878.

Abonnements auf den „Vorwärts“

für den Monat März zu 55 Pfennig werden bei allen deut-
schen Postämtern, für Leipzig pr. Monat zu 60 Pf.
bei der Expedition, Färberstr. 12 II, unserm Colporteur
R. Ulrich, Hofe Str. 23, Hof part., in den Filialen: Cigarrenladen
des Hrn. Peter Krebs, Ulrichstr. 60, und Sattlerwerkst. am Königs-
platz 7; für die Umgegend von Leipzig bei den Filial-Expeditionen: für
Pölknersdorf, Reudnitz, Neuschönfeld u. bei Frau Engel,
Reudnitz, Täubchenweg 29, 2 Tr., für Sonnwitz u. bei Haderi,
Kurze Str. 10 part., für Kleinschöcher u. Umgegend bei Trost,
Hauptstr. 10/L, für Schönberg bei Bösch, Hospitalstr. 39/II, Leipzig,
Neureudnitz bei Bichau, 15 I, für Plagwitz-Lindenu bei Frau
Gräfenstein, Aurelienstr. 3, für Gohlis u. bei A. Herm-
sdorf, Lindenthaler Str. 7, für Stötteritz bei Grube, An der
Papiermühle, angenommen.

Für Berlin wird auf den „Vorwärts“ monatlich für 75 Pf.,
frei in's Haus abonniert, bei der Expedition der „Berliner Freien
Presse“, Kaiser-Franz-Srenadier-Platz 8a, und bei Rubenow,
Brunnenstr. 34, im Laden.

Anarchie.

Anarchie heißt seinem Wortursprunge nach: Abwesenheit
jeder Herrschaft, Regierungslosigkeit. Im ersteren Sinne wird
es bekanntlich von den Proudhonisten, Freihändlern und schlecht-
weg so genannten „Anarchisten“ aufgefaßt, die darin das Ideal
der höchsten Freiheit erblicken, und aus verschiedenen Gründen
dem „verdammten Rader von Staat“ den Garaus machen
möchten.

Dem Sprachgebrauch nach bedeutet aber Anarchie: Auf-
lösung aller die Menschen zusammenhaltenden Bande, politisches,
soziales, ökonomisches Chaos. Und so genommen, ist die Anarchie
sicherlich kein erstrebenswertes Ziel.

Wer ist es nun aber, der dieser Anarchie zusteuert, mit aller
Macht an ihrer Verwirklichung arbeitet?

Eine die bösen Sozialdemokraten, von denen der deutsche
Fürst Reichskanzler nichts Anderes zu sagen weiß, als den
alten 1848er Kallauer, daß sie „Alles verrumpeln“ wollen?

Gewiß nicht. Ihr Einfluß ist vorläufig leider noch ein sehr
geringer, und soweit er sich geltend macht, geschieht es nicht im
Sinne der Unordnung, sondern im Gegentheil zur Herbeiführung
wahrhaft geordneter Zustände.

Die Anarchisten sind wo anders zu suchen. Sie sitzen am
Staatsruder, sie thronen auf den Spitzen der Gesellschaft, und
haben uns in das Chaos geschleudert.

Oder ist es nicht das Chaos, welches uns auf allen Seiten
umringt, in welchem wir leben?

Auf ökonomischem Gebiet ist die alte Arbeitsorganisation,
wie sie in den Ränken und Wäldern unzweifelhaft vorhanden
war, von der modernen Bourgeoisie zerstört, und, da keine an-
dere Organisation an die Stelle gesetzt ward, die Welt dem
wirtschaftlichen Chaos, d. h. der freien Konkurrenz überliefert
worden. Krieg Aller gegen Alle, Ausbeutung und Niederwer-
fung der Kleinen durch die Großen, der Großen durch die Grö-
ßeren, Expropriation der Massen durch die Monopolisten der
Arbeitsinstrumente, Schwindel, Betrug, Fälschung, Krisen,
Ueberproduktion, Pauperismus.

Auf sozialem Gebiet die Degradierung der Ehe, die Zer-
störung der Familien, allgemeine Verrohung, Corruption und
Prostitution; die Gesellschaftsbienen im Elend verkommend, die
Gesellschaftsdrohnen im Ueberfluß schmelzend.

Und auf politischem Gebiet! Ueberall Verhörung, Ver-
wirrung, das wüste Chaos. Staaten zertrümmert, Menschen
wie Schaafherden am grünen Tische verschachtet, alle paar Jahre
grünliche Völler-Regereien, die einfachsten Aufgaben unlösbar
für unsere „genialen“ Staatsmänner, wohin wir blicken, Plan-
losigkeit, Rathlosigkeit, Haltlosigkeit — Pardon, da ertappen wir
uns auf einem Plagiat. Wir kopiren — nationalliberale
Zeitungen. Die „Magdeburgische Zeitung“, „Kölnische Zeitung“
und wie sie alle heißen mögen, jauchern und winseln über die
„unhaltbaren Zustände“, über die schreckliche „Regierungslosig-
keit“. Und erst die Privatgespräche der Herren Nationallibe-
ralen! Da fallen Kraftausdrücke, die zu wiederholen das Pres-
gesetz und unser Respekt vor dem Herrn Reichskanzler uns
hindern.

Die unerhörten Szenen in den Reichstagsitzungen des vori-
gen Freitag und Sonnabend haben aber auch die Reichs-Anarchie
mit einer Deutlichkeit zu Tage gelegt, die dem verbissensten
Reichsfeind nichts zu wünschen übrig läßt.

Denn wir zunächst, was die einst in „Percy“ so verliebte
„Magdeburgische Zeitung“ darüber bemerkt:

„Man darf, läßt sie sich unterm 25. aus Berlin schreiben,
man darf wohl sagen, daß in den Reihen sämtlicher Frak-
tionen des Reichstages — ohne Ausnahme — wenigstens ein
starkes Gefühl des Mißbehagens über die unerquicklichen Szenen
in der Sonnabend-Sitzung herrscht. Die Art und Weise der per-
sönlichen Auseinandersetzung in öffentlicher Sitzung, die zwischen
dem Reichskanzler und dem preussischen Finanzminister stattfand,
die Erregtheit namentlich des Letzteren, die Thatsache, die dabei
an die Öffentlichkeit trat, daß man einen Gesandten dem
Parlamente unterbreitete, in dessen Motiven kein Wort steht, daß
er nur dazu bestimmt ist, den Uebergang zum Tabaksmo-
nopol zu bilden — zu dessen Einführung man seit einem Jahre ent-
schlossen ist — Alles das kann bei allen Parteihaltungen des
Reichstags nur die Ueberzeugung bestärken, daß wir uns in
haltlosen Zuständen befinden, in denen wir unmöglich
verharren dürfen, wenn das Reich nicht empfindlichen Scha-
den leiden soll. Am Schlimmsten aber ist, daß die Resultate der

großen Steuerdebatte gerade auf diejenige Partei, welche zum
Ausbau des Reichs in Gemeinschaft mit seinem Begründer bisher
am meisten gethan hat, den widerwärtigsten Eindruck her-
vorbringen mußten. Die Verstimmung und der Unmuth über
die Dinge, welche wir in den letzten Tagen erlebt haben, sind
denn auch sehr natürlicher Weise in den Reihen der National-
liberalen tief und nachhaltig. Auf das durch zwei ihrer Füh-
rer im Verlauf der Debatten wiederholt berührte Thema der
konstitutionellen Garantien zur Wahrung des Budgetrechtes des
Parlaments — Garantien, ohne deren Erlangung, wie stets her-
vorgehoben worden ist, man sich auf Abschaffung der Matrifular-
umlagen und Einführung ergiebiger indirekter Steuern im Reich
liberalerlei niemals einlassen kann — auf dieses wichtigste und
auschlaggebende Thema ist man vom Bundesrathstische mit seiner
Silbe eingegangen, vielmehr hat man zu allen sehr deutlichen
Erklärungen der liberalen Redner darüber geschwiegen. Es ist
das um so befremdlicher, als der Kanzler durch die Barziner
Besprechungen mit dem Führer der Nationalliberalen vollkommen
darüber unterrichtet sein muß, daß ohne jene Garantien an eine
Mitwirkung der Liberalen bei der Steuerreform nicht zu denken
ist. Es versteht sich ganz von selbst, daß nach den Erfahrungen
der Sonnabend-Sitzung von irgend welchen personellen oder sach-
lichen Abmachungen zwischen der nationalliberalen Fraktion und
dem Fürsten Bismard überhaupt nicht mehr die Rede sein kann,
so lange nicht über die Gewährung des Steuerbewilligungs-
rechtes des Parlaments vor Genehmigung neuer indirekter Ab-
gaben feste Bürgschaften vorliegen. Hierüber ist die national-
liberale Fraktion mit allen ihren Führern vollkommen einig. Die
Debatte der Stellvertretungsvorlage, welche nicht vor Montag
stattfinden soll, giebt noch einen Wiederanknüpfungspunkt (also
noch) ab. Es muß sich bei der Diskussion derselben zeigen, wie
der Reichskanzler über sein ferneres Verhältnis zur größten
Partei des Hauses, insbesondere über die durch dieselbe Hand
vornehmende Leitung der Finanzen im Reich und in Preußen,
denkt. Daß Herr Camphausen, welcher am Sonnabend eine so
wenig beneidenswerthe Rolle spielte, noch lange im Amte bleiben
kann, glaubt im Grunde Niemand, auch die Conservativen nicht,
welche — bisher die eifrigsten Gegner des Ministers — vor-
gestern die Einzigen waren, die seiner „Verjöhnung“ mit dem
Kanzler Heißel riefen — wohl nur in dem Gefühle der Freude,
daß das in ihren Augen größere Uebel, eine mit nationallibe-
ralen Elementen verhärtete Regierung, hierdurch vor der Hand
in die Ferne gerückt worden ist. Nach den eigenen Worten des
Ministers, er werde ohne Unterlassung der Majorität des Par-
lamentes nicht im Amte bleiben, müßte derselbe schon jetzt seine
Entlassung eingereicht haben, denn die Aufnahme, welche seine
Tabaksteuer fast allseitig gefunden hat, muß ihn belehren, daß er
das Vertrauen der Mehrheit nicht mehr besitzt. Was der Kanzler
zu thun gedenkt, wenn Herr Camphausen geht, ist vor der Hand
sein Geheimniß. Das jetzige Parlament wird ihm zum Tabak-
monopol oder irgend welcher anderen Erhöhung der Abgaben
durch neue indirekte Steuern (ohne die geforderten konstitu-
tionellen Bürgschaften) auf keinen Fall die Hand bieten. Eine Auf-
lösung und Neuwahlen aber mit der Regierungspolice: Ver-
mehrung der Steuern und Verminderung des Budgetrechtes der
Volksvertretung — dürfen doch in jetziger Zeit eine etwas ge-
wagte Taktik bedeuten.“

Nun — die konstitutionellen Skrupel und Bedenken der
Herren Nationalliberalen sind eitel Wind. Wenn sie Aushier
hätten, in die Regierung zu kommen, würden sie die konstitu-
tionellen Skrupel wiederum mit ebenso affenartiger Geschwindigkeit
wegwerfen, wie bei früheren Gelegenheiten. Diesmal sind aber
die Trauben sauer: es steht zweifellos fest, daß, wie die „Mag-
deburg.“ in einer späteren Notiz berichtet, nachdem noch am Sonn-
abend eine Unterredung Bismards mit Bennigsen und später
mit Bamberger „fruchtlos“ geblieben ist, „die in den letzten
Wochen vielfach besprochenen Combinationen bezüglich der Ver-
theiligung der nationalliberalen Partei an der Regierung für
jetzt als erledigt anzusehen sind.“ Auch auf das „Stell-
vertretungs-gesetz“ keine Hoffnungen mehr.

Das arme Reich! Was wird aus dem zerbrochenen Topf! Ueber-
lassen wir es seinem Schicksal.

Und das Reich? Und die Regierung? Wer regiert im
deutschen Reich? Bleibt Camphausen Minister? Bleibt Bis-
mard Reichskanzler? Was wird aus dem Tabakmonopol? Wie
wird das Defizit gedeckt? Wie die „Fraktionen“ beseitigt? Wie
der Möglichkeit vorgebeugt, daß der thatsächlich absolute, un-
beschränkte Gebieter eines Reichs von 42 Millionen vor die ver-
sammelten Volksvertreter sich hinstellen und seine Unfähigkeit,
mit den von ihm selbst gewählten Beamten und der von ihm
selbst auf seinen Leib zugeschnittenen Verfassung fortzuregieren,
bejammern kann? Ist je auf ein Staatssystem eine solche tödt-
liche Satyre verübt, je der Bankrott eines politischen Systems,
je die Ohnmacht, die klägliche Impotenz des persönlichen Gouver-
nements, sein vollständiges Unvermögen organischer Gestaltung
eindrücklicher proklamirt worden?

Ab — es muß „Alles verrumpelt“ werden. Wirthschaftlich,
gesellschaftlich, politisch — wir wissen nicht, auf welchem von den
drei Gebieten unser Herr Reichskanzler, theils direkt, theils in-
direkt, theils selbst, theils durch Andere das Größte geleistet hat.
Großes hat er sicherlich geleistet.

Und wenn wir befragt werden, wem „der rothe Kunenitorden“
erster Klasse gebührt, den weiland vor 30 Jahren der damals
noch von Bismard bediente „Kladderadatsch“ erfand, so werden
wir uns keinen Moment zu bestimmen haben.

„To aristo“ — „dem Besten“ — ZWR!
Gott erhalte ihn uns lange.

Aus der „Gartenlaube“.

Die närrische Leute, o tömische Welt, Castraten sitzen über
Männer zu Gericht, Weiber wollen das Recht vertheidigen,
Männer ziehen die Schlafmüge über die Ohren, und das Ge-
schrei des Schalals ist stärker als die Stimme des Löwen, denn —
Ernst Reil und Hans Blum wollen die Biographen Robert
Blum's sein. Wir lesen in der „Gartenlaube“:

„Aufforderung. Am 9. Novbr. 1878 wird sich ein Menschen-
alter erfüllen seit jenem 9. November 1848, an welchem Robert
Blum in der Brigittenau bei Wien verblutete. Die Idee, daß
welche er sein Leben hingab, die Einheit und Freiheit des deut-
schen Vaterlandes, ist verwirklicht worden. Ein glücklicheres
Geschlecht ist herangewachsen, das gerecht und unparteiisch die
Verdienste, wie die Fehler der Männer zu würdigen vermag, die
im „tolle Jahre“ 1848 müthig und erfolglos um die höchsten
Güter der Nation stritten. Es erscheint daher die Zeit gekommen,
auch das Leben und Wirken eines der edelsten Kämpfer und
Opfer jener Tage, das Leben und Wirken Robert Blum's dar-
zustellen. Ein treues, vollständiges Lebens- und Charakterbild
dieses Mannes ist bis jetzt noch nicht gezeichnet worden. Noch
heute „schwankt“ von der Parteien Günst- und Haß verwirrt, sein
Charakterbild in der Geschichte“. Zur Klärung dieses reinen
großen Bildes beizutragen, sind Viele berufen, die kaum ahnen,
daß sie es können, daß sie sogar verpflichtet sind, es zu thun.
Jeder Mensch wird in gewissem Sinne am besten geschildert
durch sich selbst, durch Briefe, Aufzeichnungen, Aeußerungen, die
er in vertrautem Verkehr ohne Rücksicht auf das Urtheil der
Mit- oder Nachwelt Anderen überliefert. So erfahren wir am
sichersten, wie in seinem Kopfe die Welt sich spiegelte, wie er
mit der Zeit geworden und gewachsen ist. Viel ist im Laufe
von siebenzehn Jahren zur Beurtheilung Robert Blum's auf
diesem Gebiete gesammelt worden. Vieles, was zu seiner Be-
urtheilung wichtig wäre, z. B. seine Correspondenz mit dem
Herausgeber der „Vaterlandsblätter“, Rudolf Räder, mit seinem
Schwager Günther, ist für immer (durch Feuer) verloren ge-
gangen. Vieles aber ist auch heute noch im Besitze von Unbe-
kannnten. An sie ergeht hierdurch die freundliche Bitte, unter
Beifügung der genauen Adresse der Absender alle Originalhand-
schriften von Robert Blum gegen die Zusicherung baldigster Rück-
sendung — oder wenn sie Bedenken tragen, sich von den Origin-
alen zu trennen, Abschriften derselben — an einen der Unter-
zeichneten einzusenden zu wollen.
Leipzig, im Februar 1878.

Ernst Reil, Dr. Hans Blum, Rechtsanwalt.“

Hier ist es unabweisbare Pflicht, zuerst dagegen zu prote-
stiren, daß das Renegatenthum in seiner widerlichsten Gestalt
sich nahe, um einem Manne ein Denkmal zu setzen, einem
Manne, der das besaß, was jenen am meisten fehlt — Charakter.
Der Mann, der seine Ueberzeugung mit dem Tode bezahlte, steht
zu hoch, als daß ein Ernst Reil und ein gewesener Menschen-
rechtscollegienchwänger und ein Sohn, der seinen Vater noch im
Grabe moralisch mordet (s. Abstim. über die Todesstrafe im Reichs-
tage: Pfu!, Pfu!), es wagen dürfen, ihn auch nur mit den Finger-
spitzen zu berühren. Ein Mann, über den selbst der doppel-
züngige Joh. Scherr sagt: „Er sei einer der Besten seiner Zeit
gewesen, ein geborner Tribun, der alle liberalen Kniffe und
Pfliffe aus dem Grunde kannte; Republikaner aus Neigung und
Ueberzeugung“ u. c. gehört nicht in die Reihen der Verräther.
Die Demokratie nur kann ihm einen Leichenstein errichten, nur
sie kann seine Grabrede halten, sonst Niemand. Die Idee, für
welche er sein Leben ließ, fordert noch heute ihre zahlreichen
Opfer; sie ist nicht erreicht. Erreicht wird nur etwas, liebes
Händchen, wenn man sich duckt und muckt, und um die Prinzipien
herumschleicht wie die Katze um den heißen Brei; auch den
Nachhabern zum Grunde redet und sie womöglich noch über-
trifft (s. „Grenzboten“), dann Händchen erreicht man etwas;
man wird ein „Politiker“, „ein berühmter Mann“, und dabei
sogar noch ein gros crocé.

Ein ander Mal mehr davon; fort mit dir du armer Hans,
wenn du groß und stark seiest, wolltest du die Tyrannen er-
morden, und jetzt? — geh in ein Kloster Hans.

Ernst Reil! was sollen wir mit dir beginnen? Wir müssen
Deinetwegen schon wieder auf den Richterstuhl des literarischen
Geschmades steigen, um dagegen zu Felde zu ziehen, daß in
einem der literarischen Unterhaltung und Belehrung geweihten
Blatte die Hochzeit zweier Prinzen zum Gegenstande einer
Besprechung und Verhimmelung Preußens gemacht wird. „Unsre
Prinzessinnen“ betrielt der Haubd der „Gartenlaube“ sein Ge-
rede, als wenn Preußen schon den ganzen Kosmos verschluckt
hätte, oder hört ihm vielleicht die Welt da auf, wo die schwarz-
weißen Grenzpfähle verschwinden? Was um Himmelswillen
scheeren sich die in allen „Welttheilen“ befindlichen Abonnenten
um zwei preussische Prinzen und deren Ausstattung? —
„Unsre Prinzen“ sind nicht der Sachsen, Bayern, Württem-
berger Prinzen, und was soll gar der biedere Pennsylvanier
oder westliche Hinterwälder damit anfangen? — Es ist wahr,
Herr Reil hat viel Rücksicht zu nehmen auf die Zahl der pen-
sionirten und nichtpensionirten preussischen Geheimräthe und deren
Familien, die aus der „Gartenlaube“ bespitzende, sättigende
Nahrung für ihre lokalen Herrzuden und Gehirnen entnehmen,
aber ein „Weltblatt“ — ein „Weltblatt“, Herr Reil, darf nicht
nur für Geheimrathstöchter u. c. schreiben; es darf keinesfalls so
schlecht bereite Kost serviren, daß dem Leser, wie z. B. dem
Verfasser dieser Zeilen, ernstliche physische Störungen entstehen,
die den Appetit für lange Zeit verderben.

Zu wackerlich, lafaienhaft, haiduckenwürdig ist es, folgendes zu
schreiben:
„Diese avanciren jedoch in der öffentlichen Meinung, wenn

Die confirmirt oder, um mit dem Berliner zu sprechen, eingeeignet sind. Sie bekommen dann ihren Hofstaat, eine Apanage; bei festlichen Gelegenheiten werden sie von zwei Leibpagen bedient, sie erscheinen mit dem ihnen zukommenden Rang bei Hofe, dürfen sich als selbstständige Wesen fassen, soweit das die Etikette erlaubt, und allenfalls eine Zeitung lesen; sie sind „unsere Prinzessinnen“ geworden. Das ist das Lebensstadium, wo das Interesse des Publikums für sie erwaht, wenn wir unter diesem nicht allein die Bevölkerung Berlins, sondern des ganzen preussischen Landes verstehen wollen, dessen ältere Provinzen von ihrem persönlichen, patriarchalischen Verhältnisse zu dem regierenden Königsheute nichts eingebüßt haben, noch weniger der Berliner. Diese Anhänglichkeit ist eine der gemüthvollen Seiten des Volkscharakters der preussischen Hauptstadt. Der Berliner ist durch alle politischen Wandlungen hindurch loyal geblieben. Er weiß sehr wohl, daß nur diejenigen Hofwagen, deren Kutscher und Lakaien in der silbernen Vorde der Hute die preussischen Wappenzeichen, die schwarzen Adler, tragen, Mitglieder des königlichen Hauses bergen; er wird solchen Wagen stets seine Reverenz machen, und für „unsere Prinzessinnen“ legt er eine geradezu rührende Anhänglichkeit an den Tag. Wunsch und Gedanke einer „recht guten Heirath“ beschäftigen ihn für sie vielleicht mehr und eher, als die Prinzessinnen selbst. Er denkt sich in seiner Unbefangenheit, daß er Aussteuer und Wittgilt, als steuerzahlender Staatsbürger, mittragen muß, obwohl die zweihunderttausend Thaler, die jede preussische Prinzessin als Heirathsgut bekommt, seit Friedrich Wilhelm dem Ersten nicht mehr vom Lande, sondern aus dem Hausvermögen der königlichen Familie bestritten werden, aber des Allens schadet nicht, wenn sie man gute Männer kriegen. Er nimmt daran Antheil, als gehörte er zur Familie.“

Hier wird in geradezu täppischer Weise der Berliner Hoflieferant und Weißbierhändler schlechthin mit „dem Berliner“ identifizirt, eine Manipulation, gegen die wohl drei Viertel der Berliner energisch protestiren würden; vor hundert Jahren, lieber Herr Keil, mag es wohl der Fall gewesen sein, daß „der Berliner“ jedem Prinzesschen seine „Reverenz“ gemacht hat, und was das patriarchalische Verhältniß des ganzen preussischen Landes zum Hofe betrifft, so hat Ihr Hundst sehr patriarchalische Ansichten über dieses Verhältniß; hätte er seine Blide von dem Hofnebel hingewandt auf Feld und Flur und in die Werkstatt der Arbeiter, so hätte er sehr wenig von patriarchalischem gespürt, und seine Fajelle konnte er sich selbst ad oculos widerlegen. Und gar das „Royale“! Sind die Tausende Berliner Sozialdemokraten keine Berliner, oder trotz Sozialdemokratie noch loyal? Und dann die naive (fast weibliche) Unterschreibung, daß der Berliner in seiner „Unbefangenheit“ (wer laßt da) denkt, er müsse die Aussteuer und Wittgilt mitbezahlen, und doch noch loyal, noch rührende Anhänglichkeit besitz? „Der Berliner“ besitzt eine rührende Anhänglichkeit an den Hof. Classisch, gottvoll, was werden Ihnen die Berliner für eine Reverenz machen, Herr Keil, wenn sie in Ihrem „Weltblatt“ von dieser rührenden Anhänglichkeit lesen. Es ist wirklich rührend! Auch die Familiarität zwischen dem preussischen Hof und dem Berliner ist wahrhaft entzückend. Kaum sind die Prinzesschen confirmirt, so hat der Bürger an nichts zu denken, als an „eine recht gute Heirath“ für sie, und im Kantejargon begehrt er sein Abendbrot: „Wenn sie man einen guten Mann kriegen“ denn — er gehört ja zur Familie. Wenn zwei Wahlkreise mit imponanter Majorität zwei Sozialisten wählen, so thut dies der Loyalität dieser Leute durchaus keinen Abbruch, denn — sie gehören ja zur Familie.

Wenn das Elend und die Noth manchen Berliner zum Verbrechen und zum Selbstmörder treibt, so ist er dennoch von einer rührenden Anhänglichkeit besetzt, denn — er gehört ja zur Familie.

O saneta simplicitas — o Keil — o „Gartenlanke“ — o Hans — o Unsin.

O närrische Leute, o komische Welt. — e —

Sozialpolitische Uebersicht.

— In der vorigen Nummer unseres Blattes haben wir eine kurze Notiz gebracht über die Reichstags-Sitzung am 24. Fe-

Die Folgen der czarischen Reformen.

Skizzen über die Ausbeutungsfortschritte in Rußland in den letzten Jahren.

(Aus der neulich erschienenen russischen sozialistischen Revue „Borodits“ [Wpered] Bd. V. London.)

(Fortsetzung.)

VI.

Wehr als drei Viertel der Bevölkerung Rußlands (76,6 Prozent) betreiben den Ackerbau; wenn wir aber Polen nicht mitzählen, so wird der Prozentsatz der Ackerbauenden noch größer, nämlich 81,2 Prozent. Nur ein Zehntel der Bevölkerung Rußlands wohnt in Städten, und unter diesen findet man noch solche, die nach Lebensweise und Gewohnheiten eher der Landbevölkerung zugehört werden müssen. Die übrige Bevölkerung (neun Zehntel) bewohnt das Land und besteht, mit einer sehr geringen Ausnahme, aus Ackerbauern oder aus solchen Leuten, die auf Kosten der ackerbauenden Klasse leben. Also der Ackerbau ist fast eine Hauptbeschäftigung des russischen Volkes. Diese nach wie vor eine Beschäftigung drückt der ganzen Lebensweise des Volkes einen der ländlichen Kultur eigenthümlichen Stempel auf.“

Dies Alles zwingt uns, bei Betrachtung der ökonomischen Lage des Volkes, unsere ganze Aufmerksamkeit dem Ackerbauer zuzuwenden; wir können dabei auch am besten die Folgen der „großen Reform“ vom 19. Februar 1861 (die Befreiung der Hörigen und Leibeigenen) beurtheilen.

Um aber kurz zu sein, werden wir nur die bemerkenswerthen Erscheinungen aus dem ökonomischen Leben des russischen Bauern aufnehmen und daran unsere Betrachtungen knüpfen.

Wie steht's also mit dem russischen Bauern? Diese Frage zu beantworten ist nicht schwer. Man durchreife das ganze Land von einem Ende bis zum anderen, man befrage die ganze Bevölkerung — Alte wie Junge, Reiche wie Arme, Gebildete wie Ungebildete — und überall wird dieselbe Antwort gegeben werden: Die ökonomische Lage der russischen Bauern ist miserabel schlecht, verzweiflungsvoll, hoffnungslos. Schwere findet man unter den Millionen Uaterrhonen des „weißen Czaren“ einige Duzend Leute, die das Entgegengesetzte zu beweisen im Stande wären.

*) Der deprimirende Einfluß der Ackerbaukultur in Rußland äußert sich auch bei den Russen. Wie woland der Gutbesitzer-Classehalter und der Kulak, so sind auch jetzt der Fabrikant, der Bankier, der Börsenjobber nicht im Stande, die Eigenthümlichkeiten ihrer ländlichen Herkunft, die ihnen anhaften, zu verlernen. Die modernen russischen Ausbeuter, trotz ihres europäischen Wesens, trotz ihrer Unversitzungsregeln, sind dennoch dieselben Kulaki geblieben.

bruar, und zwar nach einem Telegramme. Dieses Telegramm war ungenau. In der Sitzung vom 23. Februar hatte Camp-hausen sich ablehnend gegen das Tabakmonopol verhalten, Bismarck aber dasselbe empfohlen. Am 24. erlahmte Camp-hausens Widerstand und er „bewies“, daß er eigentlich immer für das Monopol geschwärmt habe. Sonderbarer Schwärmer! Darauf sang Bismarck seinem Kollegen erst das Loblied, welches von ewiger Liebe und Treue widerhallte und Herrn von Camp-hausen buchstäblich zu Thränen rührte. Die liberalen Zeitungen schreiben nämlich, daß Camp-hausen so erregt gewesen sei, daß ihm die heißen Thränen von den Wangen gelaufen seien; nach vollendeter Bismarck'scher Rede reichten sich die beiden Staats-männer vor versammeltem Reichstage die Hand und — Bennigsen und Stauffenberg haben das Nachsehen. — Unser Parteigenosse Fröhliche erklärte in der Debatte über die Steuern, daß er nur noch in so später Stunde das Wort ergreife, weil der Reichs-kanzler sich für indirekte Steuern erklärt und dies damit motivirt habe, daß indirekte Steuern weniger fühlbar wären. Daß eigentlich das Gegentheil der Fall sei, bewiesen die Ansprüche zahlreicher Nationalökonomien. Die direkt erhobene Steuer bringe aber dem Steuerzahler seine Wichtigkeit im Staatsganzen besser zum Bewußtsein, deshalb sei die sozialdemokratische Partei für direkte Steuern. Allerdings gewöhne sich das Volk vielleicht an die Tabaksteuer; aber wie viele Existenzen durch diese Steuer erst vernichtet würden, sei gar nicht umfassend genug zu würdigen. Ebenso würde der Schmuggelhandel furchtbar zunehmen und eine ungeahnte Vermehrung der Raubthiebesten im Gefolge haben. „Die Pfeife des armen Mannes“ leide entschieden darunter, denn weniger die Cigarre als der Rauchtobak, den der Arme rauche, werde schlechter werden. Die Vorlage sei auch unannehmbar, weil sich keineswegs der Tabak am besten zur Besteuerung eigne. Selbst Havana-Tabake variiren zwischen 1,50 Mark und 4—5 Thaler Gold, eine Qualitätssteuer kann also erst nach Erprobung der Güte erfolgen, d. h. sie ist so gut wie unmöglich. Die heutige Steuer fühle der Arme nicht sonderlich; aber wenn man das Ausland in den Stand setzt, in Bezug auf Tabak mit Deutschland zu concurriren, so ruiniere man zahlreiche kleinere Existenzen. Das schiene sogar Absicht gewesen zu sein, um später bei Einführung des Monopols nicht so viele Existenzen entschädigen zu müssen. Das Monopol als eine sozialistische Forderung anzusehen, sei Unsin, die sozialistische Partei wolle neben der Produktion auch die Distribution regelbar machen, indem sie jeden Arbeiter auch zum Unternehmer gemacht sehen wolle. Als einzelner Arbeiter, als Egoist könne man natürlich für das Monopol sein, denn es würde die gesundheits-gefährliche Tabak-Hausindustrie vernichten; aber im Interesse des Gesamtwohls habe man das persönliche Interesse unterzuordnen. Er wünsche, daß die Vorlage so schnell wie möglich begraben werde. — Nach der Rede unseres Parteigenossen sprach noch der bekannte Dim-Bam-Bamberger, und die Steuervorlagen wurden in die Budget-Commission verwiesen, aus welcher sie hoffentlich das Licht der Welt nicht mehr erblicken werden.

— In der Reichstags-Sitzung vom 25. Februar trat man in die Beratung desjenigen Theils des Etats ein, welcher nicht an die Budgetcommission verwiesen worden ist. — Zu dem Marineetat sprach Demmler den Wunsch aus, die Reichsregierung möge in Erwägung ziehen, ob es nicht möglich sei, eine internationale Vereinigung herbeizuführen, durch welche die Anwendung von Torpedos wegen ihrer den civilisirteren Anschauungen der modernen Kriegsführung widersprechenden Wirkung verboten würde. — In der vorigen Session des Reichstags wurden dem Votischafter zu Petersburg 30,000 Mark Zuschuß bewilligt, dem Votischafter in London aber verweigert. Dieser Fehler wurde nun wieder gut gemacht, indem man auch dem Londoner Votischafter eine Zulage von 30,000 Mark zukommen ließ. Fürst Bismarck begründete diese Erhöhung in höchst eigenthümlicher Weise, indem er auf die großen Ausgaben der Votischafter hinwies. Er habe gelesen, daß ein englischer Banquier Hope kürzlich eine Suite gegeben, bei der die Konditorrechnung allein 8000 Thlr. getragen habe. Solcher Luxus komme natürlich bei den Votischaftern nicht vor; aber die Vertretung einer so großen Macht, wie die des deutschen Reichs, koste allerdings an einem theuren Orte viel Geld. Das „deutsche Reich“ braucht „viel

Die zur Untersuchung der Lage der Landwirtschaft eingesetzte Commission, unter dem Vorsitze des Ministers Balujew, fand, daß die Lage des russischen Bauern schlecht, aber nicht hoffnungslos sei. Aber wir können getrost sagen, daß diese aus 181 Mann zusammengesetzte Commission bei der Enquete gewissenlos zu Werke gegangen ist. Denn unter den 181 Mitgliedern befand sich nur ein Bauer-Eigenthümer. Die übrigen 180 Mann waren durchaus Großgrundbesitzer und russische Gouverneurs. Diese „unparteiische“ Commission kam zu dem Schlusse, daß die jammervolle Lage des russischen Bauern nur allein seiner Faulheit und Arnsucht zuzuschreiben sei. Dennoch ergab die Untersuchung mißliche und trostlose Resultate. Die Commission fand den „Stand“ der Bauern in nur sehr wenigen Orten gut. Im Großen und Ganzen aber sind Hauswesen und Wirthschaft der Bauern seit der „berühmten“ Emanzipation zurückgegangen und haben sich verschlechtert, am meisten aber in den centralen und stoffkräftigen Gouvernements.

So ungefähr war die Lage der ackerbauenden Bevölkerung im Jahre 1872 nach den Untersuchungen der „gewissenhaften“ Commission. Aber seitdem hatte das landlose Bauernthum sehr viel zu leiden gehabt. Zunächst kam die sogenannte Samarische Hungersnoth, so genannt, weil das Elend am fürchterlichsten im Samarer Gouvernement aufgetreten war, obwohl auch zu dieser Zeit der ganze Norden, Westen und Süden sich in nicht viel besserer Lage befanden.

Es ist nicht zu verwundern, daß die Bauern bei den periodischen Hungersnöthen ganz ruiniert werden, und daß Armuth und Steuertrübsünde mit jedem Jahre stark zunehmen. Die Klagen des Volkes werden allgemein und überall werden Ausrufe zur dringenden Abhilfe gegen Hunger und Krankheiten verbreitet. Sogar unser Ministerium, bei dem sich „Alles in bester Ordnung“ befindet, sah sich veranlaßt, zu erklären, daß die ökonomische Lage der russischen Bauern hoffnungslos sei. Auch die Presse gab die prekäre Lage der Landwirtschaft zu und fast aus allen Ecken und Enden Rußlands hörte man 1876 die traurigen Nachrichten über den Ruin der Landwirtschaft. Selbstverständlich handelte es sich bei der Presse, die ja durchweg kapitalistisch gefonnen ist, mehr um die unglückliche Lage der großen und kleinen Gutbesitzer, als um die der Bauern. Ganz konnte man freilich die Bauern nicht ignoriren; so schrieb man z. B. aus dem Chersoner Gouvernement, daß die dortigen Bauern weder Brennmaterial für ihre Wohnungen, noch Futter für das ausgehungerte und abgemagerte Vieh, noch Brod für ihre Familien hätten und daß sie vier Monate lang nur von eingekauften rothen Rüben und Sauerkraut leben müssen. Diese Thatsache mußte sogar offiziell zugestanden werden. Und doch ist das Chersoner Gouvernement eines der fruchtbarsten in

Geld“, viel Geld für Militär und Diplomaten, nach außen Zittergold, während im Innern Noth und Elend wüthten; das „deutsche Reich“ gleicht einem Frauenzimmer, welches in Sammt und Seide geht und ein zerrissenes Hemd auf dem Leibe trägt. — Wie haben es herrlich weit gebracht!

— Dem Reichstage liegt gegenwärtig eine Uebersicht der Ergebnisse des Heereserbschafts vom Jahre 1876 vor. Es waren darnach in dem genannten Jahre gestellungspflichtig 1,055,088 Mann. Von dieser Gesamtsumme wurden als unermittelt in den Restantenlisten geführt 34,192 Mann, und ohne Entschuldigung waren ausgeblieben 106,105 Mann. Weiteres wollen wir aus den Ergebnissen nicht herausgreifen, uns interessiert nur die eine Thatsache, daß fast der siebente Theil der Gestellungspflichtigen es vorgezogen hatte, nicht zu erscheinen, was die weitere Thatsache ausdeutet, daß im deutschen Volk eine besondere Freudigkeit zur Erlernung des Kriegshandwerks nicht vorhanden ist.

— Zur Neutralität des deutschen Reichs. Aus Blochingen in Württemberg wird mitgeteilt, daß am 20. Februar die dortige Bahnstrecke ein Zug von 28 Wagen mit Pulver beladen passirt sei. Dasselbe war in Kottweil aufgeladen und für Rußland bestimmt. Preussische Artilleristen begleiteten den Zug.

— Die Post- und Telegraphenunterbeamten haben jährlich eine Petition an den deutschen Reichstag gerandt. Auch dieses Jahr liegt demselben eine Massenpetition vor, welche elf Forderungen aufstellt. Gewährung eines auskömmlichen Gehaltes; Verbesserung der Pensionsverhältnisse; schnelleres Einrücken in die höheren Gehaltsstufen und gesetzliche Regelung desselben; gesetzlich geregeltes Verfahren bei Bestimmung des Dienstalters; etatsmäßige Besetzung aller im Etat ausgeworfenen Stellen; Veröffentlichung einer Rangliste; gesetzliche Festsetzung der Arbeitszeit auf täglich acht Stunden; Gewährung des verheiratheten alljährlichen Erholungsurlaubes; Wegfall der Weihnachtsgratifikationen; Aufhebung des Brauches, daß die Beamten sich bei Streitigkeiten über ihre Rechte bei der Entscheidung des Generalpostmeisters begnügen müssen; Erlass eines Reichsgerichtes über die Unterstützung der Hinterbliebenen von Post- und Telegraphenbeamten. — Diese Forderungen sind, wie man auf den ersten Blick sieht, sämtlich vollständig gerechtfertigt. Für das herrliche deutsche Reich aber ist es eine Schande, daß derlei Petitionen eingereicht werden müssen.

— Woher die Verrohung kommt. Wer erinnert sich nicht jenes Raubmörders, der vor einiger Zeit in Sieben zum Tode verurtheilt wurde, und gar nicht begreifen konnte, daß er etwas Strafbares begangen, denn im heiligen Krieg von 1870/71 habe er ja das eiserne Kreuz dafür erhalten, daß er viele Menschen um's Leben gebracht — und jetzt wolle man ihm den Kopf abschlagen, weil er bloß einen Menschen getödtet — das verziehe er nicht. Und es ist auch bekannt, daß der Staatsanwalt von Lyck die Verrohung des Volks in Folge der Kriege direkt als Ursache der Zunahme der Verbrechen bezeichnet hat. Ähnlich wie dieser Staatsanwalt argumentirte am 10. d. vor dem Schwurgericht zu Kiel der Vertheidiger eines Angeklagten, Rechtsanwalt Rendtorf. Derselbe erklärte, sein Klient, der wegen Raubs vor Gericht stand, sei als Soldat, der den Krieg von 1870/71 mitgemacht, zur Rohheit geneigt. Es sei ja eine feststehende Thatsache, daß nach jedem Krieg die Rohheit zunehme und die Verbrechen sich mehreten. Man könne aber den Einzelnen nicht für Verbrechen verantwortlich machen, an denen die Gesamtheit schuld sei; er bitte also, bei Verurtheilung der That seines Klienten dies in die Waagschale zu legen.“ Der Staatsanwalt trat dieser Argumentation bei. Ob auch die Geschwornen — das wird uns nicht gesagt. Jedenfalls nehmen wir Akt von diesen Eingekändnissen. Die Wahrheit bohrt sich eben doch allmählich durch.

— Die „moderne Völkerwanderung der Arbeitslosen“ hat die württembergische Regierung nach einer Mittel-

Säbruhland, wo auf einen jeden Einwohner 5 Dessjatinen (mehr als 21 Morgen) sehr guten Landes kommen, — und doch hungern die Bauern!

Im angrenzenden Gouvernement Katerinoslaw sieht es nicht besser aus. Die Bauern waren gezwungen, Stroh und Heu zu stehlen, denn, sagten sie, in der Noth „muß man theilen“. Das war am Anfang des Jahres 1876. Ende desselben schrieb ein dortiger Correspondent: „Die Lage ist verzweifelt; in den meisten Bezirken unseres Gouvernements steht beinahe eine Hungersnoth bevor.“ — Aus Kertich wurde berichtet, daß eine solch schlechte Zeit, wie die von 1876, seit 1836 nicht vorgekommen sei.

Sehr viele Correspondenzen über die schlechte Lage der Bauern liefen aus dem Gouvernement Tambow ein. Erst schrieb man, die Bauern seien gezwungen, zu zwei bis drei Familien in einer Bauernhütte zu wohnen, und daß die verlassenen Häuschen von ihren Eigenthümern zerstört würden, um das Holz als Brennmaterial benutzen zu können; das Stroh von den Dächern diene als Futter für das Vieh. Und so war es das ganze Jahr hindurch. Als der Frühling kam, war kein Samen für die Aussaat vorhanden, denn Dank der fürsorglichen Landesverwaltung verfaulten in den Gemeinde-Borrathslagern mehr als 100,000 Tchetwert (fast 4 Millionen Scheffel) Korn. Im Sommer von 1876 veröffentlichte ein Regierungsblatt, daß die Aussaaten in den meisten Theilen des Tambower Gouvernements verkauft wären.“ Und das mußte man hören aus einem Gouvernement, welches der „Kornspeicher Rußlands“ genannt wird.

In derselben verzweiflungsvollen Lage befindet sich der andere „Kornspeicher Rußlands“, das Gouvernement Podolien, das ehemals Frankreich mit Korn und Weizen versorgte. In Anfang des Jahres 1876 wurde aus diesem Gouvernement berichtet: „Der Landbevölkerung steht ein schweres ökonomisches Ruin bevor, und es ist kaum zu hoffen, daß sie ihrer äußerst ruinierten Wirthschaft herzustellen vermöge.“ Ein anderer Correspondent schrieb: „Die Bauern hungern, das Brod reicht nur bis Weihnachten; die reichen Bauern (Kulaki) handeln mit den hungernden kleinen Bauern, wie mit Sklaven.“

Man kann sich leicht vorstellen, wie es in den anderen Gouvernements, die von Natur aus nicht so reich wie Podolien, Tambow, Cherson sind, aussieht. So wurde aus einem Bezirk des Gouvernements Orlow berichtet: „Die Bauern verlassen den Bezirk hausenweise und gehen nach den Städten, um Holz zu spalten oder die Gassen zu reinigen u. s. w., welche Arbeit mit nur 6—10 Kopeten (18—30 Pf.) per Tag und ohne Kost bezahlt wird.“ Die Wolnyer Bauern sind mehr Bettlern denn Landeigenthümern ähnlich.“ Die „wohlhabenden“ kleineren Bauern sind nicht im Stande, bei einer

lung, die der „Vossischen Zeitung“ aus Württemberg zugegangen ist, veranlaßt, an die Communalbehörden folgende Fragen zu stellen:

1) In welchen Orten werden regelmäßig an zureisende Fremde sog. Ortsgebühren aus öffentlichen Kassen oder Privatvereinen verabreicht? 2) Seit wann besteht diese Einrichtung? 3) Wie hoch beläuft sich der Betrag des Ortsgebührens? 4) Von welchen Bedingungen ist die Verabreichung desselben abhängig? Ferner verlangt die Regierung Auskunft über die Zahl der im Jahre 1877 unterstützten Personen, sowie über den Gesamtbetrag der an sie verausgabten Summen, über die Zahl der Ortsfremden im Januar d. J. u. s. w. Im Wesentlichen will sich die Regierung darüber unterrichten, ob die Verabreichung der Ortsgebühren den Erfolg gehabt hat, den Hausbettel Ortsfremder zu beseitigen oder erheblich einzuschränken und ob bezw. welche Anordnungen gerechtfertigt erscheinen, um der mißbräuchlichen Inanspruchnahme der Ortsgebühren durch gewohnheitsmäßige Bettler oder Beschäftigungslose entgegen zu wirken. Leider muß dieser Erlaß der Regierung als ein sehr zeitgemäßer bezeichnet werden.

Soweit die „Vossische Zeitung“. Gegen die Fragen an sich wäre nichts einzuwenden, aber ihre Begründung läßt sie zum mindesten sehr naiv erscheinen; denn darüber ist sich doch Jeder klar und nur Böswillige leugnen es, daß die „moderne Völkerverwanderung der Arbeitslosen“ und der aus derselben resultierende „Bettel“ nur eine Folge der Arbeitslosigkeit sind und sein können. Man schaffe also Arbeit, und die „Völkerverwanderung der Arbeitslosen“ nehmt dem Bettel werden eine schnelle Endschick nehmen; aber beileibe nicht wird man dies durch draconische Gesetze erreichen, wenn sie in Württemberg etwa beabsichtigt werden sollten.

Die polnische Fraction im österreichischen Reichstage hat eine Interpellation angekündigt, die mit den „Notiven“ also lautet:

Aus den am vorigen Dienstag vom Ministerpräsidenten gegebenen Aufklärungen haben die Unterzeichneten mit Befriedigung entnommen, daß die Regierung die Initiative zur Einberufung einer europäischen Konferenz zu dem Zwecke ergriffen hat, um die Abmachungen der Kriegführenden einer Vereinbarung mit den Signaturnächten zu unterziehen.

Zu eben solcher Befriedigung gereichte es den Unterzeichneten zu hören, daß die Regierung die Verbesserung der Lage der Christen im Orient als den österreichischen Interessen entsprechend ersehe, sowie daß dieselbe eine dauernde, allseitig befriedigende Lösung der Orientfrage anstrebe und es als ihre Pflicht und Aufgabe erkenne, die politischen und materiellen Interessen, sowie das Ansehen der Monarchie nach jeder Richtung hin zur Geltung zu bringen.

Unserer Ueberzeugung nach erheischen es nicht nur die allgemeinen europäischen, sondern auch insbesondere die politischen Interessen Oesterreichs, daß das Argument der europäischen Mächte angewendet werde nicht bloß auf die Lage der Christen in der Türkei, sondern auch auf jene in anderen, ebenfalls an Oesterreich angrenzenden, mit seiner Bevölkerung durch die engsten Bande der Geschichte und der gemeinsamen Abstammung untrennbar verbundenen Länder.

Es ist eine notorische Thatsache, daß gerade jene Rechte, welche Rußland beim Beginn des Krieges gegen die Türkei für die dortigen Christen dauernd sichern zu wollen vorgab — daß, wie es im russischen Kriegsmanifest heißt, die „geheiligten Rechte der Nationalität, Sprache und Religion“ in den unter russischer Herrschaft befindlichen polnischen Ländern in einer in der neueren Zeit, namentlich in christlichen Staaten beispiellosen Weise mißachtet werden.

Die Vernichtung jeder sogar durch die Theilungsverträge und die Wiener Congreßacte garantierten Autonomie, die rücksichtslose Unterdrückung der Sprache in allen Beziehungen des öffentlichen Lebens — das für Personen polnischer Abstammung und katholischer Religion erlassene Verbot der Erwerbung unbeweglichen Eigentums — die neulich durch die dem englischen Parlament vorgelegten Actenstücke wohl für Jedermann klar nachgewiesene religiöse Verfolgung — das sind wohl Momente genug, um das

Auktion 40 Sensen für 2 Rubel, 20 Eggen für 1 Rubel, ein Pferd für 1 1/2 Rubel zu kaufen. Im Chotower Gouvernment „leben die Bauern von Eideeln“. In den unglücklichen Gouvernments Pflow, Smolensk und in einigen „verheerlichten“ Gegenden des Gouvernments Tschernigow sind die Bauern am schlimmsten gestellt: „sie haben keine Samenkeime zum Säen; das Brod reicht nur auf einige Monate; das Vieh krepirt in Ermangelung von Futter oder wird zur Deckung der Steuer-Rückstände verkauft; die Lage ist schrecklich, ja noch mehr als schrecklich.“

Sollen wir noch weiter citiren? Wir glauben, die oben aus den russischen Zeitungen angeführten Thatsachen genügen. Wir wollen dabei bemerken, daß wir nur aus 4—5 unter russischer Censur stehenden Zeitungen citiren, die durchweg kapitalistisch gefonnen sind. Allein in dem Jahre 1876 haben wir aus denselben 127 Auszüge gemacht, welche ausnahmslos den Verfall der ökonomischen Lage des Bauernthums zugeben.

Und so und nicht anders ist es mit den Bauern fast in ganz Rußland bestellt*) und man kann getrost behaupten: Das Jahr 1876 war ein für ganz Rußland unausgesetztes Hungerjahr. Eine Moskauer Zeitung sagt darüber: „Unsere Ackerländer sind ganz erschöpft und werden allmählich unfruchtbarer, die Wälder verschwinden, die Summen der Rückstände sind in's Ungeheure gestiegen und nehmen von Jahr zu Jahr zu; die Bauern sind nicht im Stande, dieselben zu bezahlen, und die Bauernwirtschaft ist so zerrüttet, daß weder die Kräfte noch die Vertheilungen der Bauernhabseligkeiten im Stande wären, diese Rückstände zu beden.“

Nach der Gouverneur von Nowgorod, Odinzoff, gesteht: „Der Niedergang des Volkswohlfandes existirt wirklich (oder, wie Seine Durchlaucht sich auszudrücken beliebt — in der Wirklichkeit).“ Eine reaktionäre Petersburger Zeitung kommt zu demselben traurigen Schluß: „Das Volk wird mit jedem Jahre ärmer und ärmer, der Mangel an Ackerbau land höchst fühlbar; die Bauern werden von Grund und Boden verjagt und Nichts kann das Heranwachsen eines Proletariats aufhalten.“ Das sind gewiß unverdächtige Zeugen.

(Fortsetzung folgt.)

*) Bemerkenswerth ist es, daß die meisten Klagen über den Niedergang der Bauernwirtschaft fast nur aus solchen Gouvernments kommen, die als die fruchtbarsten in Rußland gelten. Was soll man da erst von solchen Gouvernments, deren Boden aus Sand und Moränen besteht, sagen? Diese Gouvernments nennt man in Rußland „normalungerechte“ Gouvernments.

Voos der Polen unter russischer Herrschaft zu kennzeichnen.

Ein neues Licht auf diese Tendenzen, die polnische Nationalität, wenn dies überhaupt möglich wäre, zu vernichten, werfen die fast in sämtlichen europäischen Zeitungen veröffentlichten und ebenfalls im englischen Parlamente schon zur Sprache gebrachten durch die russischen Militärkommandanten in der Türkei unter der Form von Hinrichtungen an ruhigen, ihrem bürgerlichen Berufe obliegenden Polen, worunter oft reichliche Unterthanen sich befinden sollen, verübte Mordthaten.

Hat sich die Regierung seinerzeit bewegen gefunden, die mißliche Lage der Christen in der Türkei als den österreichischen Interessen abträglich anzusehen und darnach ihr Verhalten eingerichtet, so ist wohl nicht bloß mit Rücksicht auf die allgemeinen auch in internationalen Verhältnissen geltenden Gebote europäischer Gerechtigkeit, sondern auch mit Rücksicht auf die österreichischen Interessen ein solcher Zustand in den an Oesterreich angrenzenden Ländern nicht vereinbar mit einer dauernden und allseitigen Beruhigung.

Mit Bezug auf diese Erwägungen erlauben sich die Unterzeichneten an den Ministerpräsidenten die Anfragen zu stellen: 1) Hat die Regierung Kenntniß von den durch russische Militärkommandanten in der Türkei an Polen verübten Mordthaten und im bejahenden Falle, hat die Regierung es für angezeigt gefunden, gegen derartige Verletzungen des öffentlichen Gewissens und der Satzungen des Völkerrechtes ihre Stimme zu erheben? 2) Glaubt die Regierung in die Lage kommen zu können, auf dem in Aussicht genommenen Congresse dahin zu wirken, daß neben der Lage der Christen in der Türkei auch das Voos der unter russischer Herrschaft lebenden Polen durch die europäischen Mächte erwogen und berücksichtigt werde?

(Die Interpellation ist inzwischen bereits eingebracht worden, und hat zur Feststellung zahlreicher russischer Bestialitäten geführt. Wir werden in nächster Nummer Details bringen.

R. d. B.)

Nach den jüngsten Berichten aus Konstantinopel soll der Präliminarfriede (die vorläufigen Grundzüge des Friedensvertrags) abgeschlossen worden sein. Die Nachricht liegt indeß noch nicht in authentischer Form vor. Inzwischen verwickelt die Situation sich mehr und mehr. Die österreichische Regierung, der allmählich die Wahrheit aufzuklämern scheint, daß Oesterreich die Besche zu zahlen haben wird, hat die Forderung eines Credits von 60 Millionen Gulden zu Rüstungen beschlossen, um mit gehörigem Nachdruck auf dem Congresse oder der Konferenz, wie das Ding nun heißen soll, auftreten zu können — falls Congreß oder Konferenz zusammenkommt. In England in allen Regierungswerkstätten fiebrische Thätigkeit; bei Krupp in Essen „Mangel an Händen“, weil die massenhaften Aufträge (auf Nordinstrumente), welche von allen Seiten einlaufen, mit den vorhandenen Arbeitskräften nicht bewältigt werden können. Kurz — wir haben die besten Aussichten auf eine europäische Massenschlächtere und Nordbreannei, so großartig, wie die Welt noch keine sah, und wie sie nur von unserer herrlichen Blut- und Eisen-Civilisation inscenirt werden können.

In England längt das Volk an warm zu werden. Die von den russischen Agenten verübten Friedensanercen werden regelmäßig gesprengt und mit imposanten antirussischen Demonstrationen beantwortet.

Selbst das Petitionrecht der preussischen Staatsbürger ist in Berlin illusorisch — so lautet die neueste Kunde aus der Hauptstadt des „deutschen Reiches“. Die Bauhandwerker stehen bekanntlich nicht unter dem Haftpflichtgesetz, weshalb die sozialistischen Abgeordneten einen Gesetzesentwurf ausgearbeitet haben und in diesen Tagen einzureichen gedenken, durch den dem vorbemerkten Uebelstande ein Ende gemacht werden soll. Und damit dieses Ziel desto leichter erreicht werde, sollen die direkt Interessirten, die Bauhandwerker selbst, in die Wahlschale geworfen werden. Es circuliren Petitionen zur Unterschrift und allenthalben werden Versammlungen berufen, in welchen die nöthige Aufklärung erteilt und neue Petenten heran-

„Zur Herstellung billiger Arbeiterwohnungen hat sich in Hamburg eine „Gemeinnützige Baugesellschaft“ konstituiert und zwar mit einem Aktienkapital von vorläufig 360,000 Mk. An der Spitze des Unternehmens steht der bekannte Rheder A. M. Sioman. Zunächst werden auf einem bereits erworbenen Terrain 100 Arbeiterwohnungen hergestellt, welche bei Witem der schon vor Monaten starken Nachfrage nicht genügen. Die Sozialdemokraten eifern auch gegen dieses Projekt an.“ — Also lesen wir in den Zeitungen. Daß die Sozialdemokratie gegen dieses Projekt „eifert“ hat seine guten Gründe, denn daß die „Gemeinnützigkeit“ derartiger Baugesellschaften die völlige Unterjochung der Arbeiter zum Zwecke hat, also nur auf die Wahrung der Interessen der Arbeitgeber hinausläuft, ist eine Thatsache, die durch die Erfahrung genugsam erwiesen ist. Die Herren „Gemeinnützig“ wissen eben sehr gut, daß mit einem Arbeiter ganz nach Belieben umspringen ist, wenn ihm bei gegebenen Fällen nicht nur Arbeits-, sondern auch Obdachlosigkeit droht. Was Wunder also, wenn die Sozialdemokratie diese Art „Gemeinnützigkeit“ als das *longue-paet*, was sie wirklich ist — als traffen Egoismus.

Daß unsere modernen Theater höhere Vorbilder sind, ist wiederholt ausgesprochen worden. Ganz besonders gilt dies vom Balletwesen, über welches dem „Staatssozialist“ von einem Correspondenten folgendes geschrieben wird: „Vor einiger Zeit traf ich, so zu sagen durch Zufall, mit einer Schaar neun- bis eilffähriger Mädchen und ihrem Pensionssater aus Berlin zusammen. Auf meine Frage nach dem: Wo? Woher? Wohin?“ erfuhr ich folgendes: Es besteht in Berlin, um den mehr und mehr in's Stocken gerathenen Bezug neuer — besonders weiblicher — Kräfte für das Corps de Ballet zu sichern, eine von der General-Intendantin der königlichen Schauspiele reorganisirte und mit bedeutenden Mitteln ausgestattete sogenannte Ballettschule. Alljährlich (wenn ich nicht irre, im August) findet eine Musterung der Gespieltanten statt, bei deren Schilderung man unwillkürlich an einen „Remonte-Markt“ oder an „Onkel Tom's Hütte“ erinnert wird. Diejenigen Kinder nämlich, deren Angehörige entweder durch gewisse Schönheitsjäger (man nennt als bejandert thätig und routinirt in der Wahl qualifizirter Subjekte während seiner Sommerreisen einen Offizier a. D.) oder durch den Erfolg von Aspirantinnen aus ihrem Orte auf die Vergünstigungen der Ballettschule aufmerksam gemacht worden sind und ihrem häßlichen Fleisch und Blut gern den mühelosen Eintritt in eine „höhere“ soziale Stellung verschaffen möchten, werden sämtlich im Beisein der an der Sache und für die Sache Interessirten durch den Theaterarzt in Vertreff der Infallibilität der Zähne, der Fingergelenke, der Kniee,

gezogen werden. Ueberall geht die Sache in der gesetzmäßigen Weise von Statten, nur in Berlin glauben Madai und Tessendorf störend eingreifen zu dürfen. Eine Zimmererverversammlung, die kürzlich einberufen worden war, damit der Reichstagsabgeordnete A. Kapell, welcher den in Frage stehenden Antrag im Reichstage als Sachverständiger mitzubringen soll, einen Vortrag über diesen Gegenstand halte, wurde polizeilicherseits im letzten Augenblick verboten, weil Madai „im Einverständniß mit der Staatsanwaltschaft“ (Tessendorf) darin eine „Fortsetzung“ der Thätigkeit früher bestandener, später aber aufgelöster Zimmerercorporationen erblickte. Der Abg. Kapell richtete nun an Madai einen Beschwerdebrief und forderte ihn unter Vorlegung des Sachverhalts auf, der Veranstaltung derartiger Versammlungen nunmehr endlich keine Steine des Anstoßes mehr in den Weg zu legen. Der Erfolg davon war aber nur, daß der Berliner Polizei-Präsident seine Verfügung erließ, welche seine bisherigen Anordnungen dieses Genres womöglich noch in den Schatten stellt. Herr Kapell bekam nämlich ein Dokument folgender Inhalts zugesandt:

„Euer Wohlgeboren erwidere ich auf die gefällige Zuschrift vom 16. d. M. ergebenst, daß eine Versammlung der Bauarbeiter, welche zur Beratung einer Petition wegen Ausdehnung des Haftpflichtgesetzes anberaumt wird, meiner Ueberzeugung nach nur die Fortsetzung eines geschlossenen Vereins bezweckt, und kann ich deshalb von Verlesung der Bescheinigung über die Anmeldung derselben nicht Abstand nehmen.“ Der Polizei-Präsident: v. Madai.

Unser Berliner Parteiorgan sagt dazu und wir stimmen dem bei:

Beschwerden gegen derartige Entscheidungen nützen erfahrungsgemäß nicht das Mindeste; der preussische Landtag beachtet diesbezügliche Denkschriften nicht und der Reichstag hat mit dem Versammlungswesen nichts zu schaffen, weil dasselbe Landesache ist. Was ist daher zu thun? Rechtlich nichts! Agitatorisch Alles!

Daß Tessendorf mit dem Plane umgeht, den Allgemeinen deutschen Tabakarbeiterverein aufzulösen, haben wir schon in Nr. 21 erwähnt. Ueber dieselbe Angelegenheit wird uns nun noch folgendes geschrieben: Auf der Tagesordnung der Tessendorffschen Staatsretireen steht gegenwärtig die Auflösung des Allgemeinen deutschen Tabakarbeitervereins, und als Grund zu dieser Maßregel giebt Herr Tessendorf die große Machtentfaltung des Tabakarbeitervereins an. Nun ist zwar richtig, daß dieser Verein eine Macht ist, aber Herr Tessendorf dürfte es doch schwer fallen, den Nachweis zu führen, daß der Allgem. deutsche Tabakarbeiterverein auf einem anderen (dem politischen) als dem wirtschaftlichen Gebiete seine Macht in gesellschaftlicher Weise zu bethätigen gesucht hat, wogegen es mit Händen zu greifen ist, daß Herr Tessendorf nur aus rein politischen und nicht aus gesellschaftlichen Motiven das Retier der Auflösung von Arbeiterorganisationen betreibt. Oder glaubt Herr Tessendorf, wir wären mit Blindheit geschlagen, um nicht einsehen zu können, in welchem innigen Zusammenhange die Auflösung des Allgemeinen deutschen Tabakarbeitervereins mit der projectirten Tabaksteuer steht? Die deutsche Reichsregierung braucht Geld, viel Geld, und deswegen die Tabaksteuer — der deutsche Tabakarbeiterverein dagegen hat die Interessen seiner Mitglieder zu wahren, und deswegen seine starke und seither erfolgreiche Opposition gegen diese Steuer. Was liegt also näher, als die Absicht, diesen unbehaglichen Opponenten aus dem Wege zu räumen? Nicht wahr, Herr Tessendorf, so ist's? Aber es soll ja noch Richter in Berlin geben — wollen sehen.

Genosse Brud zu Gotha, der eine Zeitung als verantwortlicher Redakteur auch die „Erfurter Volkszeitung“ zeichnete, ist von dem Kreisgericht zu Erfurt wegen verschiedener Preßvergehen zu sechs Monaten Gefängniß verurtheilt worden. Brud befindet sich ungefähr 5 Monate auf deutschem Boden — er lebte früher in den Nordamerikanischen Freistaaten — und ist jetzt schon zu 15 Monate Gefängniß, also zu einer dreimal längeren Zeit, als die seines Aufenthalts in Deutschland ist, verurtheilt worden. Er wird einen merkwürdigen Begriff von dem

der Figur, der Proportion der Hände und Füße, sowie — falls genügende Auswahl vorhanden — auch selbst des Profils untersucht. Die geeignet Befundenen — etwa gegenwärtig ein Drittel der Gespieltanten — werden sodann zu bestimmten Familien in Kost gegeben und unter sich trotz „Schulzwang“ und „Allgemeiner Ministerialbestimmungen“ etwa zwei Stunden täglich auf Knüttbüchlein im Lesen, Schreiben, Rechnen und in französischer Kunstsprache, in der Religion gar nicht, in gymnastischen und Tanzübungen dagegen (nach der Meinung der Kinder) bis zum Ueberdruß unterrichtet. Die Frage: „ob sie später zur Confirmation resp. zur Firmelung vorbereitet würden?“ unterließ ich leider, nicht aber die: „Was wird aus diesen Mädchen im Großen und Ganzen?“ Und da mußte der Pfleger Vater mit einem tiefen Seufzer — zu meinem Entsetzen — erklären: „Drei Viertel derselben, insbesondere natürlich diejenigen, die aller aufgewandten Mühe ungeachtet schließlich nicht nach Wunich avancirten, gehen unter!“ Und, fügen wir hinzu, der Rest geht erst recht unter. Die zur Confirmation bez. Firmelung vorbereiteten so gut wie die anderen.

Die Ehefrau ist, nach einem Erkenntniß des Obertribunals vom 30. Januar d. J., im Geltungsbereich des Allgemeinen Landrechts berechtigt, im Namen des abwesenden Gatten, auch ohne Vollmacht d. Gatten, einen Strafantrag zu stellen. Einer nachträglichen Genehmigung dieses Antrages Seitens des wieder zurückgekehrten Gatten bedarf es nicht, vielmehr würde nur die ausdrückliche Mißbilligung des Strafantrages die Wirkung desselben wieder aufheben.

Auch Arbeiter. Der Großherzog von Baden hielt neulich beim Stiftungsfest eines polytechnischen Vereins eine Rede, in welcher er hervorhob, daß die wissenschaftliche Arbeit berufen sei, die soziale Bewegung in die richtigen Bahnen einzuleiten. „Dann fuhr der fürstliche Herr Festredner fort: Wir sind alle Arbeiter in der vollen Bedeutung des Wortes, denn wir müssen alle gemeinsam arbeiten am Wohle des Staats.“ Unter Arbeit versteht man im ökonomischen Sinn bekanntlich bloß gesellschaftlich-nützliche Arbeit. Wie viel Arbeitslohn der geehrte Herr Festredner nebst seinen Collegen wohl bekommen würde, wenn der Nachhab der gesellschaftlichen Nützlichkeit den Ausschlag zu geben hätte? U. S. W. g.

Herr Dr. Lindwurm, der sich schon Jahre lang als Ritter St. Georg in Hinsicht auf die Sozialdemokratie aufspießt, hat kürzlich in dem liberalen Reichsparlament zu Hamburg geredet. Er, der früher immer von der Billigkeit des Eigentums geredet, erklärte nunmehr, da er jedenfalls den „Staatssozialist“ gelesen habe, daß das Eigentumsrecht nicht als unantastbares soziales Dogma aufzufassen sei. Das Merkwürdigste bei der Sache war, daß die Anwesenden dem Dr. Lindwurm bei dieser Ansicht Beifall zueriefen, dieselben Leute, welche sonst bei Erwähnung der Heiligkeit des Eigentums immer in Jubel ausbrachen. Von den 10,000 Mitgliedern waren übrigens nicht ganz 200 anwesend.

